



Niederschrift

über die **16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**, zu der
für Freitag, den 16.12.2022 um 19:00 Uhr
in die Stadthalle Runkel einberufen
und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

als stimmberechtigte Stadtverordnete:

1. Ax, Wolfgang
2. Beul, Dieter (abwesend TOP 4 + 5)
3. Burggraf, Frank
4. Dormagen, Jonas
5. Eisenberg, Ulrich
6. Etzold, Heiner (verspätet)
7. Fuchs, Marten Cornel
8. Fürstenfelder, Christian
9. Hautzel, Lothar
10. Heil, Jörg Peter
11. Kilb, Michael
12. Kuhlisch, Thomas
13. Lampe-Bullmann, Claudia
14. Löw, Sylvana
15. Mackauer-Brühl, Antje
16. Martin, Jörg
17. Naß, Armin
18. Pötz, Felix
19. Schäfer, Bernd
20. Schäfer, Patrick
21. Schallner, Bernd
22. Schmidt, Heiko
23. Steinhauer, Carmen
24. Stenzel, Sonja
25. Stöppler, Christian
26. Wagner, Klaus-Jürgen

seitens des Magistrates:

1. Kremer, Michel
2. Bayer, Christoph
3. Bullmann, Alexander
4. Klement, Michael
5. Hemming-Woitok, Sabine
6. Schmitt, Christoph
7. Hastrich, Manfred
8. Bremser, Eberhard

Es fehlten entschuldigt

seitens der Stadtverordneten:

Brahm, Bernhard

(Etzold, Heiner kam verspätet)

Kremer, Lukas

Müller, Sandra

Sanders, Sigrun

Winter, Susanna

seitens des Magistrates:

Skopek, Daniel

Lfd. Nr.	Tagesordnungspunkte	Beschluss-Nr.
1.)	Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2.)	Anfragen an den Magistrat	
3.)	Einführung, Verpflichtung und Vereidigung neuer ehrenamtlicher Stadträte	
4.)	Umfrage zum Runkeler Blättchen	2022/180
5.)	Neubau Bauhof hier: Vortrag des Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses Beschlussvorschlag zur Aufhebung des Sperrvermerkes	
6.)	Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum 31. Oktober 2022	2022/178
7.)	Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen hier: Sachstandsbericht	
8.)	Konzept zur Nutzung des Bürgerhauses Dehrn hier: Sachstandsbericht	
9.)	Container Kita Ennerich hier: Sachstandsbericht	
10.)	Mitteilungen des Magistrates	

Beginn der Sitzung: 19:12 Uhr
 Ende der Sitzung: 21:28 Uhr



ÖFFENTLICHER TEIL

1.) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil begrüßt alle Anwesenden.

Es ist nicht gestattet während und auch in der Unterbrechung der Sitzung alkoholische Getränke zu sich zu nehmen, Foto, Film und Fernsehaufnahmen sind nur nach Genehmigung des Vorsitzenden erlaubt. Tonaufnahmen sind nur für den Protokollanten erlaubt. Um die Tontechnik nicht zu stören wird darum gebeten Handys während der Sitzung aus, oder in den Flugmodus zu schalten.

Dem folgt die Bekanntmachung, dass mit 25 stimmberechtigten Mitgliedern mehr als die Hälfte der 31 Stadtverordneten anwesend sind und stellt daraufhin die Beschlussfähigkeit nach § 11 unserer Geschäftsordnung fest. Er gibt bekannt, dass die Einladung an die Mitglieder ordnungsgemäß erfolgt sei.

Zur Tagesordnung gibt es keine Einwände.

2.) Anfragen an den Magistrat

Die Anfrage der CDU-Fraktion aus der Novembersitzung wird nachgeholt, da Herr Bürgermeister Kremer an dieser Sitzung nicht teilnehmen konnte.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil übergibt das Wort an Herrn Bürgermeister Kremer. Dieser begrüßt alle Anwesenden und verliest die Anfrage.

Guten Tag Herr Heil,
Guten Tag Herr Kremer,

für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.11.2022 stellt die CDU-Fraktion folgende Anfrage:

Nach der Hochwasserkatastrophe 2021 an der Ahr, war die Neubeschaffung der Orts sirenen ein Thema, um den Schutz der Bevölkerung zu verbessern. Das Warnsystem im Katastrophenfall hat besonders seit dem Ukrainekrieg an Bedeutung gewonnen. Daher bitte die CDU-Fraktion um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Erstinstallation von Sirenen zur Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall.

Ebenfalls zu diesem Thema noch eine Anfrage:

Sind bei einem Blowout oder gar Blackout folgende Güter gesichert:

Trinkwasserversorgung

Abwasserversorgung

Wie findet eine Alarmierung der Brandschutzorganisationen statt?

Können Melder der Feuerwehrlente noch geladen werden?

Gibt es ein Notfallfunknetz?

Gibt es Vorkehrungen für Nottankstellen für die Feuerwehr?

Viele Grüße

Bernd Schäfer

Herr Bürgermeister Kremer antwortet wie folgt:

Im Stadtgebiet und allen Ortsteilen sind Sirenenanlagen vorhanden, so dass zunächst keine Ersatzinstallationen vorgesehen oder notwendig ist. In der Region Kerkerbach ist die Abdeckung noch nicht komplett gegeben, so dass hier im kommenden Jahr noch Handlungsbedarf besteht. Der Bundeswarntag am 08.12.22 hat aber gezeigt, dass die Sirenen in den Stadtteilen ausgelöst haben und es nur in der Kernstadt Probleme gab. Die Warnung der Bevölkerung kann somit im Katastrophenfall stattfinden.

Die Trinkwasserversorgung der Stadt Runkel wird durch die Süwag als Betriebsführer gewahrt. Im Falle eines Brown- oder Blackouts wird die Wasserversorgung als Bereich der kritischen Infrastruktur bevorzugt behandelt, wenn es um die Bereitstellung von Notstromaggregaten für die Aufrechterhaltung der Pumpenleistung geht.

Weder im Besitz der Stadt, noch im Besitz des Wasserverbandes Georg Joseph befinden sich Notstromaggregate, so dass wir hier auf die Bereitstellung angewiesen sind. Abhängig von der Dauer des Brown- oder Blackouts kann dies natürlich bedeuten, dass die Trinkwasserversorgung bei zu langem Andauern nicht mehr gewährleistet werden kann. Die einzige Chance dies zu umgehen wäre die Anschaffung von Notstromaggregaten mit ausreichender Leistung für die Stadt, wobei selbst hier eine dauerhafte Versorgung mit der dauerhaften Verfügbarkeit von Treibstoffen für die Betreibung der Aggregate zusammenhängt.

Die Abwasserversorgung wird durch den Kläranlagenbetriebsverband Ems- und Wörsbachtal, hier explizit durch den Kläranlagenbetriebsverband Runkel-Villmar, dargestellt. In der letzten Sitzung des Abwasserverbandes wurde genau diese Thematik ebenfalls angesprochen. Aktuell ermittelt die Betriebsführung den benötigten Bedarf um eine Mindestversorgung sicher zu stellen sowie dem Umfang und die Leistung der benötigten Aggregate.

Im Fall eines Blackouts werden ausgewählte Digitalfunkmasten im Landkreis über Wasserstoffzellen notstromversorgt, so dass eine Alarmierung über Funkmeldeempfänger als gewährleistet gilt.

Können Melder der Feuerwehrleute noch geladen werden? Da sich in einem solchen Fall die ehrenamtlichen Feuerangehörigen ohnehin im Feuerwehrhaus in Bereitschaft geben, ist diese Frage zu vernachlässigen. Das gleiche gilt da Notfallfunknetz.

Die genannten Digitalfunkmasten dienen in einem solchen Fall auch als Notfallfunknetz.

Nottankstellen: Die Brandschutzaufsicht führt Kreisweit Gespräche. Es haben sich bisher drei große Betreiber gefunden, die im Notfall von allen Feuerwehren angefahren werden können.

Es gibt keine Rückfragen.

3.) Einführung, Verpflichtung und Vereidigung neuer ehrenamtlicher Stadträte

Für den ausgeschiedenen Stadtrat Florian Spegt (CDU) rückt Frau Aileen Nickel von der CDU nach und für den ausgeschiedenen Ersten Stadtrat Michael Uhl (SPD) rückt Herr Sebastian Scharnhoop von der SPD als Stadtrat nach.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil verpflichtet beide Nachrücker.

Herr Bürgermeister Kremer verliest die Ernennungsurkunden und übergibt diese.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil nimmt Frau Nickel und Herrn Scharnhoop den Diensteid ab.

Im Anschluss verliest Herr Bürgermeister Kremer die Ernennungsurkunde dem neuen Ersten Stadtrat Eberhard Bremser und übergibt dieselbige.

Glückwünsche werden ausgesprochen.

4.) Umfrage zum Runkeler Blättchen

Herr Bürgermeister Kremer verliest den Sachverhalt:

In der Oktobersitzung hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass der Magistrat eine Umfrage zum Runkeler Blättchen durchführen soll, deren Ergebnisse in der Dezember-Sitzung den Stadtverordneten präsentiert werden sollen.

Die Umfrage hatte das Ziel, ein Stimmungsbild der Bürger zum Blättchen zu erhalten, ob es in der aktuellen Form weitergeführt werden soll und ob die Stadt Runkel weiterhin einen finanziellen Beitrag übernehmen soll.

Die Umfrage wurde in Form eines Fragebogens von den Austrägern des Runkeler Blättchens mit der November-Ausgabe (9/22) an alle Haushalte verteilt.

Jeder Haushalt sollte einen Fragebogen mit einer aufgedruckten Nummer erhalten. Die Rücksendung konnte bis zum 02.12.2022 im Rathaus abgegeben oder per Post, Fax oder E-Mail ans Rathaus versendet werden.

Die Erfassung der Ergebnisse erfolgte im Rathaus per Excel-Tabelle anhand der auf den Fragebögen aufgedruckten Nummern und hat folgende Ergebnisse gebracht:

4340 gedruckte Fragebögen wurden an die Austräger verteilt.

- 214 Fragebögen (wurden von den Austrägern wieder ins Rathaus zurückgebracht, da die genaue Anzahl der Haushalte nicht bekannt ist).

4126 Fragebögen wurden an die Haushalte verteilt.

949 Fragebögen sind im Rathaus eingegangen.

Das entspricht einem Rücklauf von **23 %**.

Davon sind 4 ungültig (weil die Nummer entweder geschwärzt, abgerissen oder etwas draufgelegt wurde), ergibt **945 gültige Fragebögen**.

Folgende Antworten sind eingegangen:

Frage 1: [Liest jemand in Ihrem Haushalt das Runkeler Blättchen?](#)

Ja **898** / Nein **44** / keine bzw. ungültige Antwort 3

Frage 2: [Soll es Ihrer Meinung nach auch in Zukunft ein Runkeler Blättchen geben?](#)

Ja **868** / Nein **72** / keine bzw. ungültige Antwort 5

Frage 3: [Sind Sie dafür, dass die Stadt Runkel einen jährlichen Zuschuss für das Runkeler Blättchen zahlt?](#)

Ja **817** / Nein **121** / keine bzw. ungültige Antwort 7

Frage 4: [Wären Sie bereit einen finanziellen Beitrag pro Ausgabe zu leisten?](#)

Ja **454** / Nein **463** / keine bzw. ungültige Antwort 28

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Fortführung der Herausgabe des Runkeler Blättchens mit bestehendem Konzept einen Herausgeber zu finden, bzw. zu beauftragen mit folgendem Finanzierungsmittel:

Städtischer Anteil mit 12 Ausgaben pro Jahr, mindestens eine Seite pro Ausgabe für Informationen seitens der Verwaltung, pauschal 5.000,- €.

Für Veröffentlichung von Vereinen und sonstigen allgemeinen Themen werden als Zuschuss 4.000,- € aus Mitteln der Vereinsförderung bereitgestellt.

Die CDU und die BL stellen gemeinsam folgenden Antrag/Prüfauftrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, den Magistrat der Stadt Runkel zu beauftragen, folgende Alternativen für eine zukünftige Beteiligung der Stadt Runkel an einer Bürgerinformation in Nachfolge oder Fortsetzung eines Runkeler Blättchens zu prüfen.

Die Stadt Runkel prüft die Möglichkeit mit dem Herausgeber (der noch gefunden werden muss), dass das Runkeler Blättchen zunächst für einen Zeitraum eines Jahres und einer festen Anzahl von Seiten je Ausgabe zu vereinbaren, die für die Weitergabe von Informationen und Mitteilungen aus den städtischen Gremien sowie der Verwaltung genutzt werden sollten.

Der Preis pro Seite sollte sich an den aktuellen Preisen für die ganzseitige Werbung orientieren.

Die Stadt ist für den Inhalt und die termingerechte Zulieferung an den Herausgeber verantwortlich.

Die Stadt Runkel prüft den notwendigen Aufwand und den Kostenrahmen, der sich aus einer Herausgabe eines städtischen Mitteilungsblattes als amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadt Runkel analog zu den Lösungen der Nachbargemeinden in Villmar und Beselich oder der Stadt Limburg ergibt.

Das Ergebnis der Prüfung ist zeitnah in einer der kommenden Stadtverordnetenversammlungen vorzustellen.

Begründung: Auch wenn die Befragung der Runkeler Haushalte in absoluten Zahlen nur eine sehr niedrige Zustimmung zur Weiterführung des Runkeler Blättchens erkennen lässt und man daraus keinen Handlungsbedarf für ein finanzielles Engagement der Stadt ableiten könnte, ist es uns wichtig pragmatische Lösungen für eine Information der Bürger zu aktuellen Themen aus Verwaltung und städtischen Gremien zu finden und zugleich eine allgemeine Plattform zu haben, die auch die Veröffentlichungswünsche der örtlichen Kirchen, Vereine, Verbände, Organisationen, Schulen und Kindergärten berücksichtigt und so das Miteinander in der Stadt fördert.

Der finanzielle Aufwand sollte sich dabei für beide zu prüfenden Alternativen im Rahmen der sehr eingeschränkten Möglichkeiten der Stadt Runkel im Bereich der freiwilligen Leistungen bewegen.

Herr Wagner ergänzt den Antrag:

Die Stadt solle prüfen, wie teuer eine Variante käme, bei der wir für tatsächlich erbrachte Leistungen, die auch definiert wären, bezahlen würden und im Gegensatz dazu die Kosten der Variante, wenn die Stadt Herausgeber wäre (was wir dürften, wenn es ein amtliches Mitteilungsblatt wäre). Hierbei müssten wir von einer deutlich höheren Frequenz ausgehen. 4-6 Seiten um alle städtischen Gremien eine Plattform zur Darstellung zu bieten.

Anmerkung zu dem Beschluss vom September:

Die Stadt Runkel sollte keine 10.000,- € ausgeben, ohne eine konkrete Leistung definiert zu haben, die sie dafür erhält. Das war der Hintergrund. Auf Grund der Tatsache, dass wir diese Leistung nicht definiert haben, hat der HFA, als auch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, diesen Antrag in dieser Form abzulehnen.

Er appelliert an jeden (auch in den sozialen Medien) nur an Hand der richtigen Information zu agieren.

Herr Hautzel bittet um 19:50 Uhr seitens der SPD-Fraktion um eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Die SPD-Fraktion erhält ihren Antrag aufrecht und bittet um eine namentliche Abstimmung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil verliert erneut den Antrag der SPD und lässt wie folgt abstimmen:

N Ax, Wolfgang
 N Burggraf, Frank
 N Dormagen, Jonas
 N Eisenberg, Ulrich
 J Etzold, Heiner (inzwischen anwesend)
 E Fuchs, Marten Cornel
 N Fürstenfelder, Christian
 J Hautzel, Lothar
 N Heil, Jörg Peter
 J Kilb, Michael
 N Kuhlisch, Thomas
 N Lampe-Bullmann, Claudia
 N Löw, Sylvana
 J Mackauer-Brühl, Antje
 J Martin, Jörg
 N Naß, Armin
 N Pötz, Felix
 N Schäfer, Bernd
 J Schäfer, Patrick
 J Schallner, Bernd
 N Schmidt, Heiko
 J Steinhauer, Carmen
 N Stenzel, Sonja
 J Stöppler, Christian
 N Wagner, Klaus-Jürgen

Herr Beul hat zwischenzeitlich die Sitzung vorübergehend verlassen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen 15 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Der Antrag der SPD ist somit abgelehnt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil verliest den Antrag der Fraktionen der CDU und Bürgerliste:

Prüfauftrag zu Gestaltungsalternativen für eine Beteiligung der Stadt Runkel an einer zukünftigen Bürgerinformation.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat der Stadt Runkel zu beauftragen, folgende Alternativen für eine zukünftige Beteiligung der Stadt Runkel an einer Bürgerinformation in Nachfolge oder Fortsetzung eines Runkeler Blättchens zu prüfen.

- 1.) Die Stadt Runkel prüft die Möglichkeit mit dem Herausgeber des Runkeler Blättchens zunächst für den Zeitraum eines Jahres eine feste Anzahl von Seiten je Ausgabe zu vereinbaren, die für die Weitergabe von Informationen und Mitteilungen aus den städtischen Gremien sowie der Verwaltung genutzt werden sollen. Der Preis pro Seite soll sich an den aktuellen Preisen für ganzseitige Werbung orientieren. Die Stadt ist für den Inhalt und die termingerechte Zulieferung an den Herausgeber verantwortlich.
- 2.) Die Stadt Runkel prüft den notwendigen Aufwand und den Kostenrahmen, der sich aus einer Herausgabe eines städtischen Mitteilungsblattes als amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadt Runkel analog zu den Lösungen der Nachbargemeinden Villmar, Beselich oder der Stadt Limburg ergibt.

Das Ergebnis der Prüfung ist zeitnah in einer der kommenden Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil bitte um das Handzeichen:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 11 Enthaltung

5.) Neubau Bauhof
hier: Vortrag des Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses
Beschlussvorschlag zur Aufhebung des Sperrvermerkes

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil erläutert, dass die genannte Sitzung nichtöffentlich war, nun aber als öffentlich definiert werden soll.

Der Ausschussvorsitzende Patrick Schäfer stellt den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, die Ergebnisse der nichtöffentlichen Bau- und Umweltausschusssitzung, deren Abstimmungsergebnis und somit auch das Protokoll derselbigen öffentlich zu machen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil bitte bei Zustimmung um das Handzeichen:

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Herr Ausschussvorsitzender Schäfer berichtet, dass es bei der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses um den Bauhof ging. Dabei wurde erläutert, weshalb

der damals geplante Bauhof an seine Grenzen kommt und ein Neubau ohne das Grundstück, welches an den Interessenten verkauft werden sollte, nicht funktioniert.

Aktuell kommt die Verwaltung an Kapazitätsgrenzen bezüglich der vorhandenen Büroflächen. Daher hat sich das Bauamt Gedanken gemacht, wie das Problem zukünftig gelöst werden kann. Daraus ist die Idee entstanden, den geplanten Bauhof so zu erweitern, dass ein zusätzliches Geschoss mit Bürofläche entsteht.

In der Freizeit wurde ein Konzept entwickelt, welches allen Mitgliedern vorgestellt worden ist. Ziel war dabei war auch, die Gesamtpolitik frühzeitig mit einzubinden.

Die Vorstellung ist bei allen Mitgliedern positiv aufgenommen worden.

Die vorläufige Kostenschätzung von dem Bauhof (zuzüglich extra Geschoss für die Verwaltung) wurde von Herrn Bürgermeister Kremer grob mit ca. 3,8 Mio. € angesetzt.

Wie diese Kosten gedeckt werden sollen, konnte nicht beantwortet werden.

Anschließend wurde über die Aufhebung des Sperrvermerkes abgestimmt und folgender Beschluss verfasst.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel zu empfehlen, den im Haushalt enthaltenen Sperrvermerk aufzuheben und die Planung auf der Grundlage des Vorentwurfes der Verwaltung fortzuführen. Hierbei ist darauf zu achten, für die Fahrzeughalle standardisierte Lösungen einzuplanen.

Herr Naß bittet um Mitteilung, welcher Sperrvermerk konkret aufgehoben werden soll. Es gäbe weitere Fragen und der Kostenrahmen müsse realistisch sein. Die 3,8/3,9 Mio. € stünden nicht zur Verfügung/sind nicht im Haushalt veranschlagt.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag von den Kosten bis zu 100.000,- € für Planungskosten bereitzustellen, von denen ein Ingenieurbüro beauftragt wird, das Konzept zu überprüfen und einen konkreten Bau- und Kostenplan der Stadtverordnetenversammlung zeitnah vorzulegen, damit der Bau des Bauhofes beschlossen werden kann.

Der gesamte Sperrvermerk könne nicht aufgehoben werden, da wir nicht so viel Geld zur Verfügung haben.

Es folgen diverse Einwände, Anregungen und Diskussionen.

Bauhof und Verwaltungstrakt vermischen sich. Ein Verwaltungstrakt war ursprünglich nicht vorgesehen. Es gibt keine klare Grenze um den Sperrvermerk aufheben zu können. Hier müssen erst die konkreten Voraussetzungen geklärt werden.

Herr Bürgermeister Kremer fasst zusammen:

Ziel der Sitzung des Bauausschusses war es, aus der Politik das Votum einzuholen, ob wir in dieser Form mit den Planungen fortfahren sollen. Es war klar kommuniziert, dass es sich lediglich um einen Vorentwurf handelt. Für die weitere Planung werden Mittel benötigt, deshalb die Bitte den Sperrvermerk aufzuheben.

Es ist explizit gewünscht die Politik/das Parlament mit in die Planung einzubeziehen.

Herr Ax verliert den Sperrvermerk aus dem Haushalt 2020 um Klarheit zu schaffen:

Der Sperrvermerk kann nur durch die Stadtverordnetenversammlung aufgehoben werden, wenn nach erneuter Beratung im Magistrat und Bauausschuss die Stadtverordnetenversammlung einem Bau- und Kostenplan zugestimmt hat.

Aus seiner Sicht könne der Sperrvermerk nicht aufgehoben werden, sondern heute nur ein Beschluss gefasst werden, die weiteren Planungsschritte zu gehen und die dafür notwendigen Mittel aus den Haushaltspositionen für den Bauhof genommen werden.

Herr Wagner stimmt dem zu. Der Sperrvermerk ist erst dann erfüllt, wenn eine Bau- und Kostenplanung vorgelegt worden wäre. Dies ist nicht der Fall. Der Sperrvermerk kann nicht inhaltlich aufgehoben werden, da die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Es könne lediglich der Haushaltsbegleitbeschluss aufgehoben werden. Dann sei auch kein Sperrvermerk mehr darauf. Dies sei zulässig.

Herr Eisenberg sieht die Finanzierung kritisch und schlägt das Thema für die Haushaltsberatungen vor.

Herr Naß beantragt um 20:25 Uhr seitens der CDU-Fraktion eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil übergibt das Wort an Herrn Fraktionsvorsitzenden Naß. Er bittet um Verschiebung auf die Januarsitzung, damit sich alle besser vorbereiten und beraten können.

Herr Hautzel spricht sich für den Antrag von Herrn Wagner aus. Es muss endlich etwas geschehen für die Situation der Bauhofmitarbeiter. Selbst bei Aufhebung hätten wir noch lange nicht beschlossen, dass ein Verwaltungstrakt aufgestockt wird.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil weist darauf hin, dass dies bei der aktuellen Formulierung der Beschlussvorlage aus der Bau- und Umweltausschusssitzung sehr wohl der Fall wäre, da sich darin auf den Vorentwurf der Verwaltung bezogen wird und dieser enthält eine zweigeschossige Lösung.

Der Bauausschussvorsitzende Patrick Schäfer ergänzt, dass geplant ist vorerst in der Form weiter zu planen, bis belastbare Kosten vorliegen. Ggf. sei auch eine Lösung eine Decke, die ein zweites Geschoss tragen kann und irgendwann zu einem späteren Zeitpunkt gebaut wird. Nach einer Entwurfsplanung sei noch lange nicht gebaut. Für den Fall, dass die Kosten weglaufen würden, könne man immer noch einfach (eingeschossig) planen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil bittet darum, dies auch so im Beschluss zu vermerken.

Herr Wagner bittet um Verschiebung auf Januar. Auch dann wird es uns nicht erspart bleiben den Haushaltsbegleitbeschluss aufzuheben, da wir diesen Sperrvermerk auch im Januar nicht erfüllen können. Bei Auflösung des Haushaltsbegleitbeschlusses hätten wir eine Position von rund 1,1 Mio. €. Wir können jetzt beschließen, ob wir eine neue Investitionsnummer vergeben um die Planungskosten für die Entwurfskosten einzustellen. Nach der Entwurfsplanung muss das Thema wieder hier ins Parlament und weiter beraten werden. So wäre der korrekte Ablauf. Jeder sollte die Entwurfspläne von Herrn Jonas zur inhaltlichen Vorbereitung gesehen haben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil fasst zusammen:

Der Vorschlag von Herr Wagner sei ein Kompromissvorschlag zu dem Vorschlag von Herrn Naß.

Die SPD bleibt bei ihrem Vorschlag jetzt aufzuheben und die Entwurfsplanung neu zu vergeben.

Herr Eisenberg stellt die Frage, auf welcher Grundlage die Entwurfsplanung vergeben wird. Er hält die Festlegung eines Kostenrahmens für wichtig.

Herr Wagner bittet um die Verweisung in den Bau- und Umweltausschuss.

Frau Mackauer-Brühl plädiert dafür, durch den Magistrat ein Ingenieurbüro (für 100.000,- €) mit der Planung zu beauftragen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil fasst erneut zusammen:

- 1.) Verweisung in den Bau- und Umweltausschuss
- 2.) Absetzung des Punktes

1.)Antrag auf Verweisung des Tagesordnungspunktes 5 „Neubau Bauhof“ in den Bau- und Umweltausschuss zur Vorbereitung einer Entscheidung für die Januarsitzung der Stadtverordnetenversammlung. Hier sollen die verschiedenen Varianten in einer öffentlichen Sitzung besprochen werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

2.) Vorschlag der CDU-Fraktion, den Punkt auf die Januarsitzung zu verschieben, um sich in den Fraktionen abzusprechen, welche Lösung gewollt ist, eine Aufhebung zu beantragen, oder einen anderen Antrag zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Somit ist der Tagesordnungspunkt 5 in dieser Sitzung abgesetzt und wird in der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

Anträge können natürlich vorher bereits durch die Fraktionen an Herrn Stadtverordnetenvorsteher Heil gestellt werden.

6.) Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum 31. Oktober 2022

Vorlage: 2022/178

Herr Stadtverordnetenvorsteher erläutert den Sachverhalt und weist auf den Zugang der Unterlagen mit den Sitzungsunterlagen zu dieser Sitzung hin.

Er erteilt das Wort Herrn Bürgermeister Kremer.

Die Umsetzungsquote im Bereich der ordentlichen Erträge und Aufwendungen mit Stand Ende Oktober, betrug ca. ¾. Ein markanter Punkt sind die Investitionsmaßnahmen. Die Umsetzungsquote liegt hier für 2020 bei rund 36%. Dieser Fortschritt im Jahr ist relativ gering, immer wieder Thema in den Haushaltsberatungen und es wird versucht diese Quote zu erhöhen, welches durch die Personalknappheit im Bauamt erschwert wird.

Die aufsichtsbehördliche Genehmigung des Nachtragshaushaltes liegt vor. Die Veröffentlichung ist in Umsetzung. Es gab keine Einschränkungen. Die Genehmigung wird den Stadtverordneten zugehen, sobald die Offenlegung abgeschlossen ist.

Herr Wagner verdeutlicht, dass zweidrittel bis dreiviertel der beschlossenen Maßnahmen aus den letzten drei Jahren nicht umgesetzt wurden. Dies sei eine erschütternde Zahl. Beschlossene Maßnahmen kämen kaum zur Umsetzung. Für 2023 sollten mehr Maßnahmen beschlossen werden, die auch umgesetzt werden können. Selbst bei einer späten Genehmigung des Haushaltes 2023 im April oder Mai, wäre die Verwaltung noch den Rest des Jahres mit den noch ausstehenden Maßnahmen gut ausgelastet.

Investitionskredite – hier fehlen rund 200.000,- € für die Tilgung. Diese Art von Haushalt ist eigentlich nicht genehmigungsfähig. Dies sollte in den kommenden Jahren nicht außer Acht gelassen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum 31.10.2022 zur Kenntnis.

7.) Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen hier: Sachstandsbericht

Herr Bürgermeister Kremer berichtet.

In der Sitzung vom 12.10.2022 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen den Magistrat damit zu beauftragen „einen Sachstandsbericht über den aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand des Projektes „Beitritt der Stadt Runkel des Bündnisses Hess-aktiv-Die Klima Kommunen“ zu erstellen und diesen der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung im November 2022 zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen“.

Im Oktober 2020 ist die Stadt Runkel mit der Unterzeichnung der Charta offiziell, wie bereits viele andere hessischen Kommunen, dem Bündnis Hessen-Aktiv-Die-Klimakommunen beigetreten.

Seit diesem Zeitpunkt hat es in diesem Bereich aber leider immer wieder Verzögerungen gegeben, die dazu geführt haben, dass die Umsetzung der Charta bisher nicht durchgeführt werden konnte.

Hauptursächlich für diese Verzögerungen sind zwei Faktoren. Zunächst wurden nach dem Beschluss vom Herbst 2020 zunächst mehrere Gespräche mit Kollegen aus Nachbarkommunen geführt, die, nachdem sie mit dem Tenor begannen das Projekt der Klimakommunen gemeinsam anzugehen doch nach und nach aus verschiedenen Gründen darauf hinausliefen, dass jede Kommune zunächst selbstständig die Umsetzung angeht. Diese Gespräche führten jedoch bereits zu einem gewissen Verzug in

der Umsetzung. Als die gemeinsame Herangehensweise vom Tisch war wurde diese Aufgabe an die jeweilige Vertretung im Bauamt von Frau Eufinger gegeben.

Unglücklicherweise war diese Stelle seit Beginn der Befristung stets nur sehr kurzfristig besetzt, so dass es nie zu einer Abarbeitung des Themas kam, da zunächst immer auf die Einarbeitung ins Tagesgeschäft wert gelegt wurde.

Seit dem Weggang von Frau Heimann im April 2022, die mit den notwendigen Arbeiten, der Datenerhebung zur Erstellung der CO₂-Bilanz, Vorbereitung der möglichen Maßnahmen usw. bereits begonnen hatte, war es uns nicht mehr möglich diese Stelle neu zu besetzen.

Aufgrund dieser Sachverhalte können wir leider auch noch keinen Vollzug in dieser Sache melden.

Um das Thema aber in Zukunft stringenter abzuarbeiten soll die Befassung mit den Klima-Kommunen bereits bei der in Kürze anstehenden Ausschreibung für die Nachfolge von Herrn Schlau vorgesehen werden. Gleichzeitig wird der Kontakt mit dem Landkreis gesucht werden, der in diesem Bereich ebenfalls Möglichkeiten zur Hilfeleistung hat.

Herr Wagner berichtet über Kommunen in unserer Nachbarschaft, die inzwischen erfolgreich Klimakommune sind und dafür nicht unerhebliche Fördermittel erhalten, die uns durch das fehlende CO₂ Gutachten entgehen. Diese Tatsache hält er für sehr bedauerlich, da seiner Meinung nach der Aufwand hierfür lediglich bei ein paar Tagen läge.

Der Personalmangel wurde angesprochen und bemängelt.

Herr Eisenberg schlägt vor, die durch die nicht besetzten Stellen eingesparten Personalkosten für die externe Beauftragung eines CO₂ Gutachtens zu verwenden.

Herr Hautzel drängt darauf die Prioritäten im Blick zu behalten um die Fördermittel nicht zu verlieren, bzw. überhaupt zu erhalten.

Wo wurde überhaupt bereits ein Förderantrag gestellt?

Herr Bürgermeister Kremer erläutert, dass bereits Förderanträge gestellt worden sind. Zuletzt aus der Säule B des Landkreise in Höhe von 56.000,- €.

Es gab weitere Rückfragen und Diskussionen.

8.) Konzept zur Nutzung des Bürgerhauses Dehrn hier: Sachstandsbericht

Herr Bürgermeister Kremer fasst den Sachverhalt zusammen:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in Ihrer Sitzung vom 12.10.2022 beschlossen den Magistrat damit zu beauftragen: *„den derzeitigen Leerstand in der Verwaltungsstelle Dehrn zu beenden und ein Konzept für die Nutzung und angemessene Verwendung der Räume zu erarbeiten. Der Ortsbeirat sollte in die Erarbeitung des neuen Nutzungskonzepts eingebunden werden. Das Konzept soll möglichst der Stadtverordnetenversammlung spätestens zur Sitzung am 23.11.2022 vorgelegt werden.“*

Bereits in dieser Sitzung hatte er darauf hingewiesen, dass eine solche Erarbeitung meines Erachtens in diesem Zeitfenster nicht möglich ist, gerade bei der aktuellen

Personalsituation im Bauamt. Deshalb gibt es hierzu heute auch leider nur einen Sachstandsbericht, da das Konzept noch nicht fertiggestellt und auch noch nicht im Magistrat diskutiert worden ist.

Im Nachgang zur Sitzung ist der Ortsbeirat Dehrn darum gebeten worden, seine Ideen für eine mögliche Nutzung darzulegen. Dies geschah per Mail am 25.10 vorbehaltlich der Diskussion in der darauffolgenden Ortsbeiratssitzung (am 31.10.22) in der aber keine Änderungen mehr an den in der Mail vorgeschlagenen Nutzungen getätigt wurden. Diese sind:

Die vorhandenen Büroräume für zwei Arbeitsplätze zu nutzen, entweder für das Ordnungsamt (als Büro der Ordnungspolizei oder für die Stadtjugendpflege und die Verwaltung der Feuerwehrangelegenheiten).

Neben der städtischen Nutzung kann sich der Ortsbeirat auch vorstellen, den bisherigen Archivraum zur Aufbewahrung von Schriften und Gegenständen an denen die geschichtliche Entwicklung Dehrn deutlich gemacht werden kann zu nutzen. Hierzu ist einschränkend zu sagen, dass in diesem Rahmen keine Schriftstücke dort gelagert werden dürften, die in ein städtisches Archiv gehören, denn dieses befindet sich in der Kernstadt und hier ist das Archivgesetz eindeutig.

Aus diesen Anmerkungen des Ortsbeirates und der internen Diskussion ergeben sich folgende Nutzungsmöglichkeiten, die Varianten in einem möglichen Konzept werden würden:

1. Festhalten an der städtischen Nutzung in einer von 3 Varianten
 - a. Dauerhafte Nutzung durch städtische Angestellte als Büro (um welche Abteilung es sich dabei handeln würde ist noch offen)
 - b. Temporäre Nutzung durch städtische Angestellte, wie in der Vergangenheit praktiziert (Öffnung an X Tagen die Woche für die Bürger Dehrns zur Erledigung der Amtsgeschäfte)
 - c. Nutzung als Lager/Materialienraum
 - d. Freigabe der Räumlichkeiten zur Nutzung durch die Feuerwehr

2. Aufgabe einer städtischen Nutzung und Zuführung zu einer anderen Nutzung
 - a. Aufbewahrung nicht archivrelevanter Schriften aus der Geschichte Dehrns
 - b. Freigabe der Räumlichkeiten für die Nutzung von Vereinen und Institutionen in Dehrn (eventuell verbunden mit Umbaumaßnahmen)

Da eine Vermietung explizit im Beschluss nicht vorgesehen war, sind diese Ansätze, stand heute, diejenigen die im Konzept genauer vorgestellt werden. Die Beratung im Magistrat ist allerdings noch offen und demnach könnte es auch noch weitere Nutzungsmöglichkeiten geben.

Herr Hautzel bittet festzuhalten, dass der gestellte Antrag und auch die Abstimmung eine Vermietung nicht ausschließen.

Herrn Bürgermeister Kremer entschuldigt sich, bedankt sich für diesen Hinweis und nimmt für die weitere Planung die Option der Vermietung mit auf.

Bernd Schäfer bittet um zeitnahe und eine klare Entscheidung.

Herr Bürgermeister Kremer weist darauf hin, dass die Entscheidung bei der Stadtverordnetenversammlung läge.

9.) Container Kita Ennerich hier: Sachstandsbericht

Herr Bürgermeister Kremer stellt den Sachverhalt dar. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 09.11.2022 wurde im Rahmen der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes entschieden, dass der Magistrat damit beauftragt wird „in Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Ennerich eine Umsetzungsplanung für eine Containerlösung zur Errichtung des Kindergarten Ennerichs zu erstellen und diesen der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung im Dezember 2022 zur weiteren Beratung und Entscheidung vorzulegen“.

Eine Umsetzungsplanung kann heute leider noch nicht vorgelegt werden, da die notwendigen Absprachen mit den verschiedenen Ämtern noch nicht vollumfänglich getätigt werden konnten und demnach noch nicht alle Voraussetzung zur Vorstellung einer Umsetzungsplanung gegeben sind. Nichtsdestotrotz soll hier ein kurzer Sachstandsbericht den aktuellen Fortschritt des Vorgangs darlegen.

Im Nachgang zur Sitzung am 09.11.2022 wurde zunächst intern der Beschluss der Stadtverordneten mit den jeweiligen Fachämtern besprochen und die Zustimmung der zuständigen Kreisbehörden vorangefragt. Bei einer Begehung am 23.11.2022 wurden Möglichkeiten zur Stellung der Container erörtert. Diese wurden am 01.12.2022 mit dem OB Ennerich erörtert und es wurde sich auf einen Favoriten geeinigt, der erneut mit den Fachämtern eruiert wurde.

Nach Rückantwort der Fachämter gibt es die Zustimmung vom Jugendamt, so wie vom Bauamt für die Darstellung einer weiteren Gruppe mittels einer Containerlösung. Vom Bauamt wurde allerdings mitgeteilt, dass durch die räumliche Nähe zur Kita und zum Bürgerhaus ein neues Brandschutz-konzept oder zumindest eine Erweiterung des Existierenden notwendig ist. Anfragen für dessen Erstellung laufen aktuell und das Nicht-Vorhandensein des selbigen ist maßgeblich dafür, dass die Planung zum heutigen Tag auch noch nicht den Stadtverordneten vorgestellt werden kann. Die Rahmenbedingungen, die sich durch die Rückmeldungen der Ämter für die Containerlösung ergeben sind wie folgt:

Insgesamt werden fünf Container benötigt (drei Container für die Gruppe i.e. 54m²), ein Sanitärcontainer mit Toilettenanlagen für Kinder, sowie Erwachsene und ein Container der als Gang/Flur/Garderobe dient.

Es muss ein Brandschutzkonzept in Abhängigkeit des existierenden Konzeptes für Kita/Stadthalle vorliegen.

Was nun die Kosten angeht so ist davon auszugehen, dass die im Nachtragshaushalt eingestellten 120.000,- € für die 5 Container nicht genügen werden. Nach Einschätzung des Bauamtsleiter (in Verbindung mit Preisanfragen an verschiedene potentielle Lieferanten) ist – stand heute – für den Kauf, die Anlieferung, die Aufstellung, die Herstellung der Fundamente, die Baugenehmigung, die Herstellung des Brandschutzkonzeptes und die Anschlusskosten für Strom/Wasser/Abwasser mit Kosten in Höhe von 160.000,- € zu rechnen. Allerdings kann es sein, dass die Erstellung des Brandschutzkonzeptes zu weiteren Umbaumaßnahmen führt, die dann Voraussetzung für eine Genehmigungsfähigkeit wären.

Es folgen diverse Rückfragen und Anmerkungen von den Fraktionsvorsitzenden zu den Anschaffungskosten, Planungs- und Herstellungskosten sowie dem Brandschutz.

10.) Mitteilungen des Magistrates

- Personal:
 - Für das Bauamt wir eine seit Januar 2023 nicht mehr besetzte Stelle zeitnah ausgeschrieben.
 - Seit dem 01.12.22 ist das Einwohnermeldeamt wieder komplett besetzt.
 - Zum 01.01.2023 dürfen wir begrüßen:
 - einen Mitarbeitenden für den Ordnungsbehördenbezirk Runkel-Villmar, bzw. für die Ordnungspolizei
 - eine Mitarbeitende als Koordinatorin für den Arbeitsschutz.
- Ein Ersatzfahrzeug für die zum Januar 2023 abgängige Drehleiter ist heute abgeholt worden und steht der Feuerwehr nun für die notwendigen Einweisungen der Maschinisten zur Verfügung, so dass diese auch zum 01.01.2023 einsatzbereit ist. Der Magistrat hat in seinem Beschluss den Kauf eines solchen Fahrzeuges für die Übergangszeit vorgesehen.
- Die Gesamtunterkunft in der Bahnhofsstraße (alte Gaststätte Thomas) ist nach Ankündigung vom 08.12.2022 am 09.12.2022 geschlossen worden. Ursächlich hierfür waren bauliche brandschutzrelevante Mängel. Im Gespräch hat der Landkreis seine Bereitschaft bekundet die GU wieder anmieten zu wollen, sobald diese Mängel beseitigt sind und der Besitzer arbeitet nun an der Abstellung selbiger. Ebenso gibt es die Zusage, dass die Bewohner, die die Gesamtunterkunft nun verlassen mussten, auch wieder dorthin zurückkehren können.
- Der Winterdienst im Stadtgebiet ist wie angekündigt umgestellt worden und war gerade in der letzten Woche auch zum ersten Mal gefordert. Bisher gab es kaum Beschwerden und überwiegend Verständnis für diese Maßnahme und demnach ist festzuhalten, dass die Umsetzung durch den Bauhof sehr gut realisiert wurde. Danke hierfür an die städtischen Mitarbeiter
- Die Umstellung der Straßenbeleuchtung wurde ebenfalls großflächig positiv angenommen. Vereinzelt wurde an Stellen mit sehr wenig Beleuchtung eine Umstellung einzelner Lampen vorgenommen oder wird noch vorgenommen.
- Der Landkreis hat mitgeteilt, dass im kommenden Jahr wieder mit der vermehrten Zuweisung von Geflüchteten zu rechnen ist und gleichzeitig darum gebeten Flächen für Containerwohnanlagen zur Verfügung zu stellen. Potentielle Flächen werden gerade durch die Verwaltung ermittelt und geprüft. Hierbei geht es nicht nur um Menschen aus der Ukraine, sondern aus allen Krisenregionen der Welt. Die Gesamtzahl an Flüchtenden nimmt kontinuierlich zu und wir werden uns im nächsten und auch den kommenden Jahren darauf einstellen müssen.
- Dankesworte zum Ende des Jahres folgen.
Zunächst einmal bei den städtischen Gremien für die Zusammenarbeit und bei den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern für ihr Engagement und den Willen ihre Zeit für Runkel zu investieren.

- Danke an alle Feuerwehrmännern und Frauen, die ebenfalls viel Engagement und Zeit in die Sicherstellung des Brandschutzes und die Sicherheit unserer Bürger investieren.
- Allen Ehrenamtlichen in der Vereinsarbeit sei gedankt, dass sie es in diesem Jahr geschafft haben die Pandemiebedingt schlummernde Vereinsarbeit und Veranstaltungsdichte im Stadtgebiet wieder aufleben zu lassen und nahezu auf ein Vor-Pandemie-Niveau zurückzuführen.
- Ein herzliches Dankeschön an alle Ehrenamtlichen, die es im Rahmen der Flüchtlingsarbeit geschafft haben, hier in Runkel eine sehr positive Willkommenskultur zu leben, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen und Angeboten gezeigt hat.
- Und, last but not least, dankt er den städtischen Mitarbeitern, die, und das sollte man nicht vergessen, nun auch nahezu drei Jahre Ausnahmezustand durch die Pandemie und den Krieg hinter sich haben und die all diese zusätzlichen Aufgaben, die keine kleinen sind, neben dem Alltagsgeschäft händeln müssen.
Vielen Dank.

Herr Bürgermeister Kremer wünscht allen noch ein frohes und besinnliches Fest und ein gutes neues Jahr 2023.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil bedankt sich bei allen, die zu der Gestaltung der Sitzung beigetragen haben, die gute, disziplinierte Zusammenarbeit aller Stadtverordneten und den Ausschüssen, die versucht haben, das bestmögliche mit unseren beschränkten Mitteln für Runkel zu erreichen.

Ein besonderer Dank gilt dem Magistrat sowie der Verwaltung und Frau Stanjek.

Er verweist auf den zugegangenen Sitzungsplan für 2023. Die vorgeschlagenen Termine jeweils am 15. im Februar und März haben den größten Anklang gefunden. Die Februarsitzung wird auf Grund der Fastnachtsveranstaltungen in der Stadthalle in einem der Ortsteile (Dehrn, Ennerich oder Steeden) stattfinden.

Ab April soll die Stadtverordnetenversammlung wieder im Sitzungssaal des Rathauses tagen.

Er weist auf die nächste Sitzung am Mittwoch, dem 25.01.2023 um 19:30 Uhr hin. Bitte halten Sie sich für eine Arbeitssitzung am 11.01.2023 bereit.

Thema: Neuerungen bzgl. des Heizsystems – Neubaugebiet „Bei den Bäumen“ und den neuen Hochbehälter in Dehrn

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil schließt die letzte Stadtverordnetenversammlung des Jahres mit ein paar rückblickenden Gedanken, einem Gedicht sowie den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch, Glück und Gesundheit für das neue Jahr um 21:28 Uhr.

Protokoll erstellt am 20.01.2023

(Jörg Peter Heil)
Stadtverordnetenvorsteher

(Doris Stanjek)
Schriftführerin